

Haushaltsplan 2026/2027 ff. Entwurf

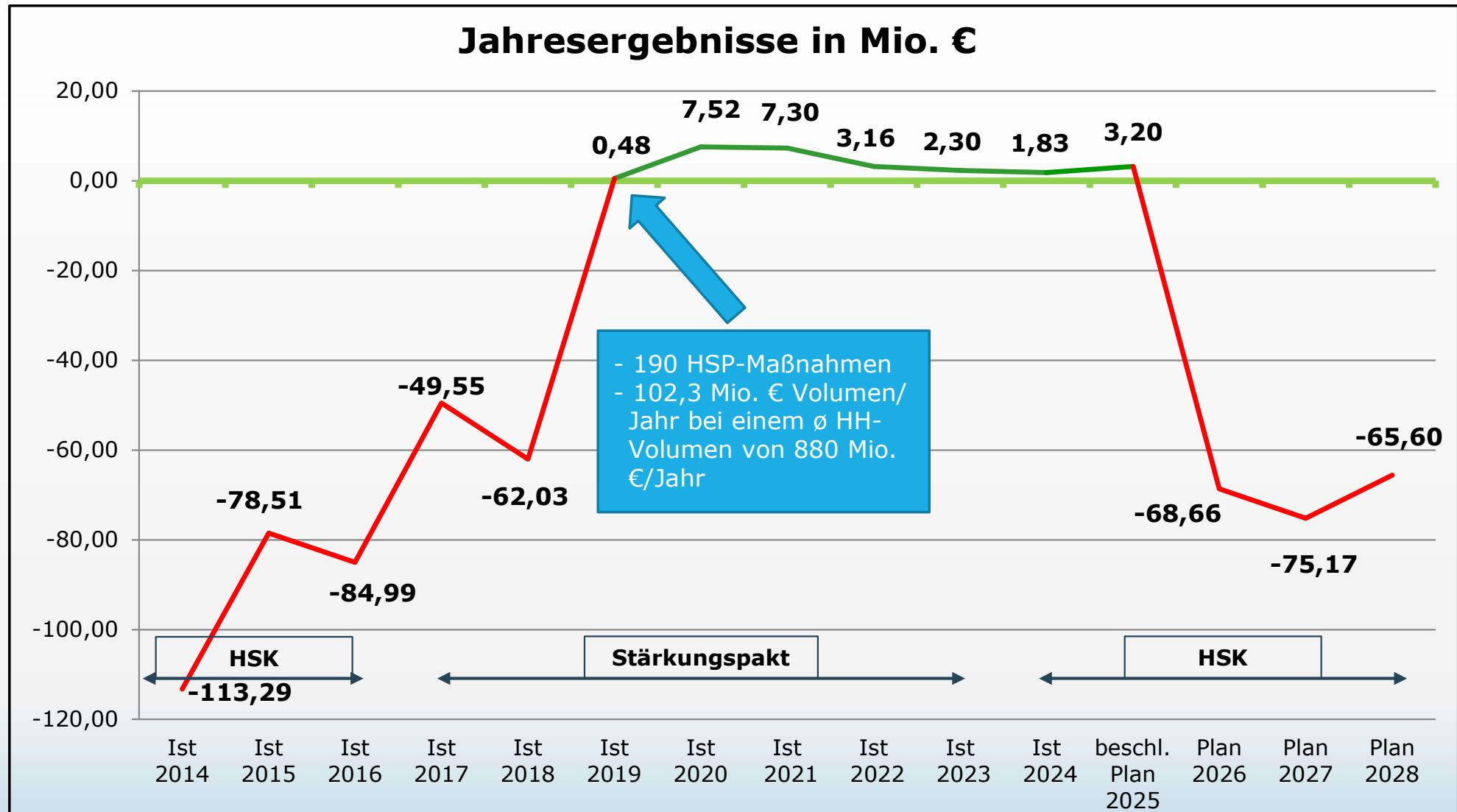
Einbringung in den Rat der Stadt am 18.12.2025



MÜLHEIM.GEMEINSAM.STARK.



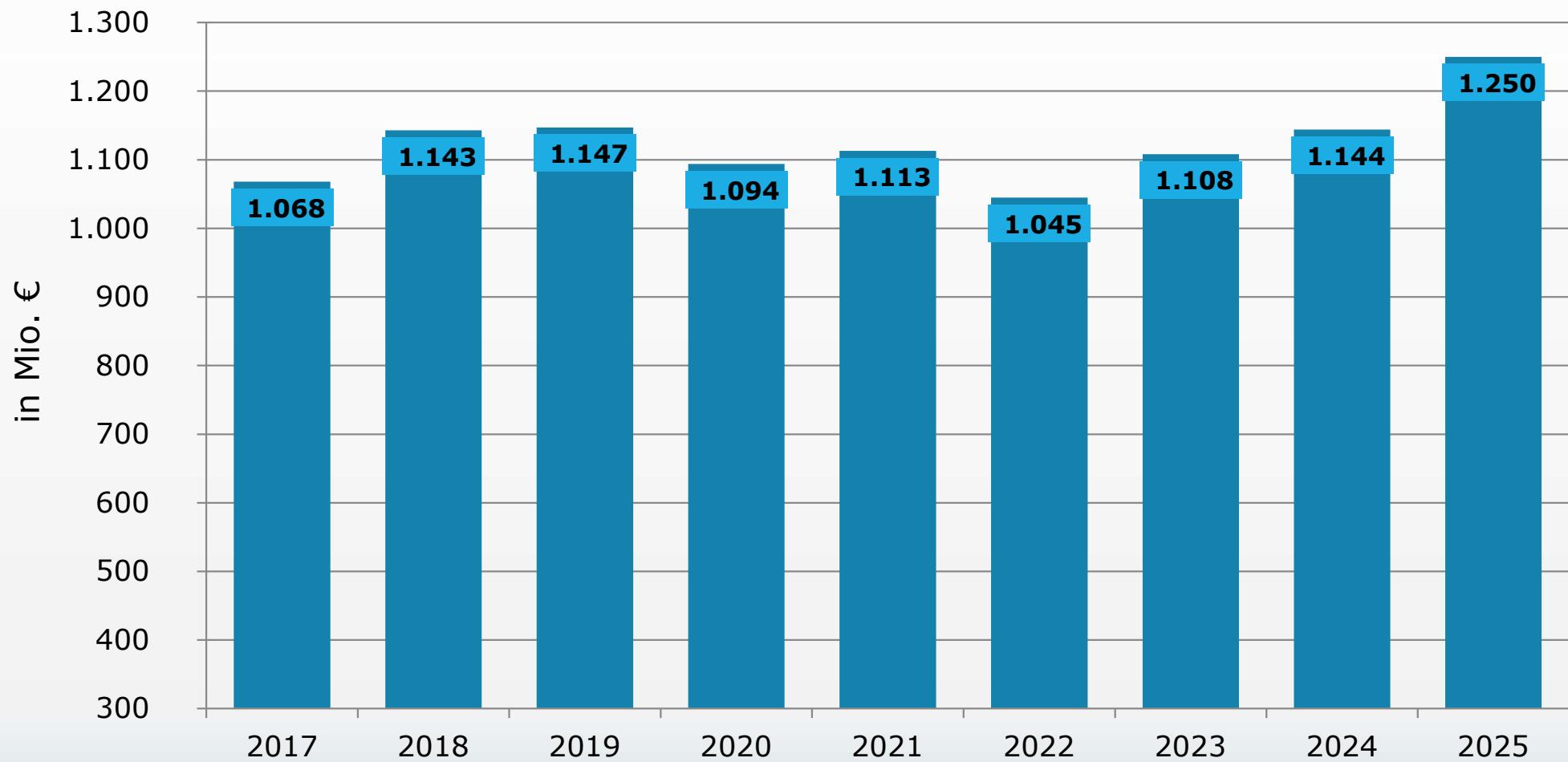
ERGEBNISSE VORJAHRE UND BESCHLOSSENER HAUSHALTSPLAN 2025 FF.



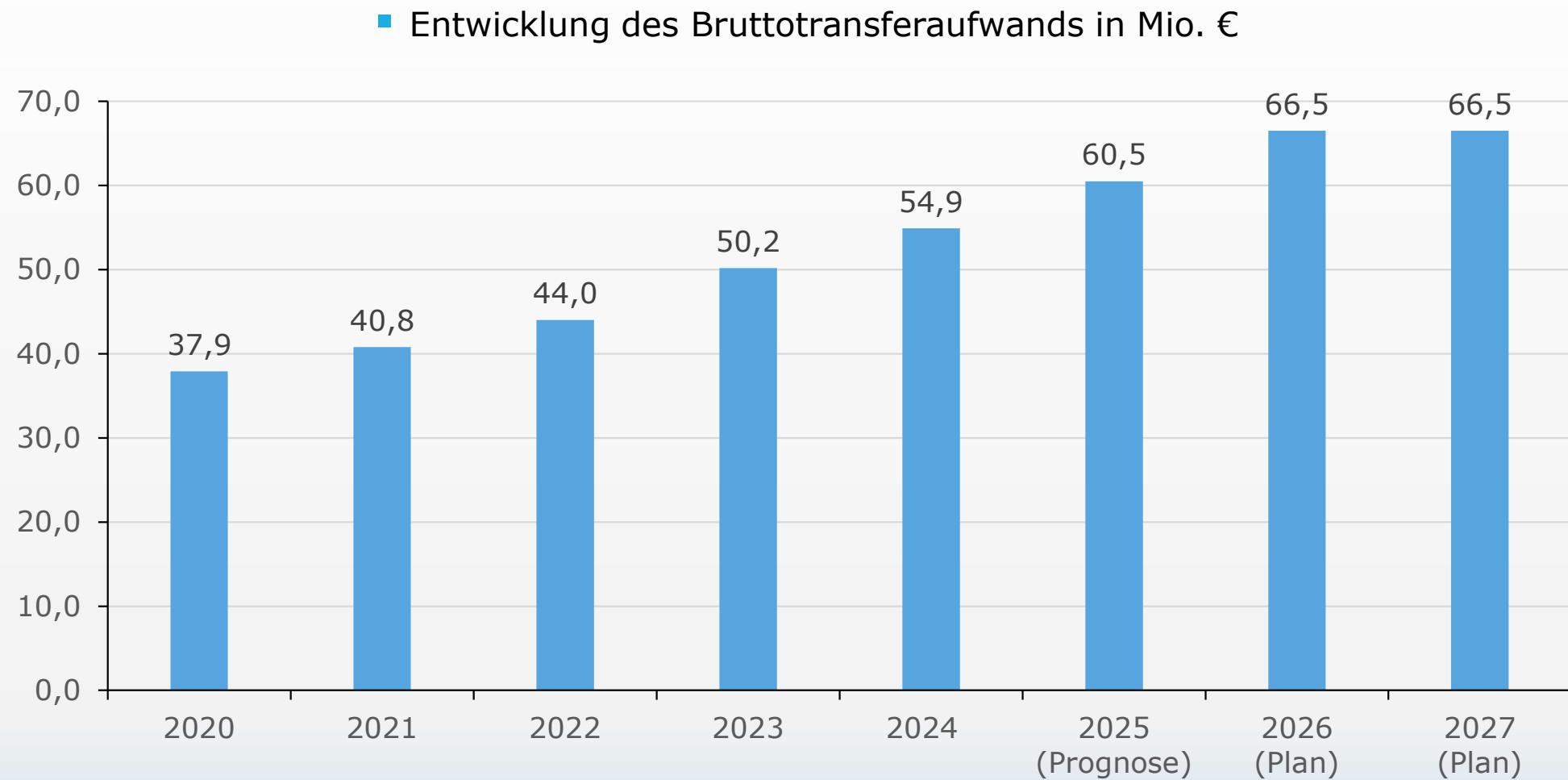
JAHRESABSCHLUSS 2024

- Jahresergebnis  **+ 1,83 Mio. € ✓**
- Bildung von weiteren Rückstellungen war aufgrund Haushaltslage nicht möglich
- Prognose 2025 **positives Ergebnis?**
 - deutliche Verschlechterungen (u. a. Gewerbesteuer) können durch Auflösung von Rückstellungen voraussichtlich kompensiert werden

KASSENKREDITENTWICKLUNG

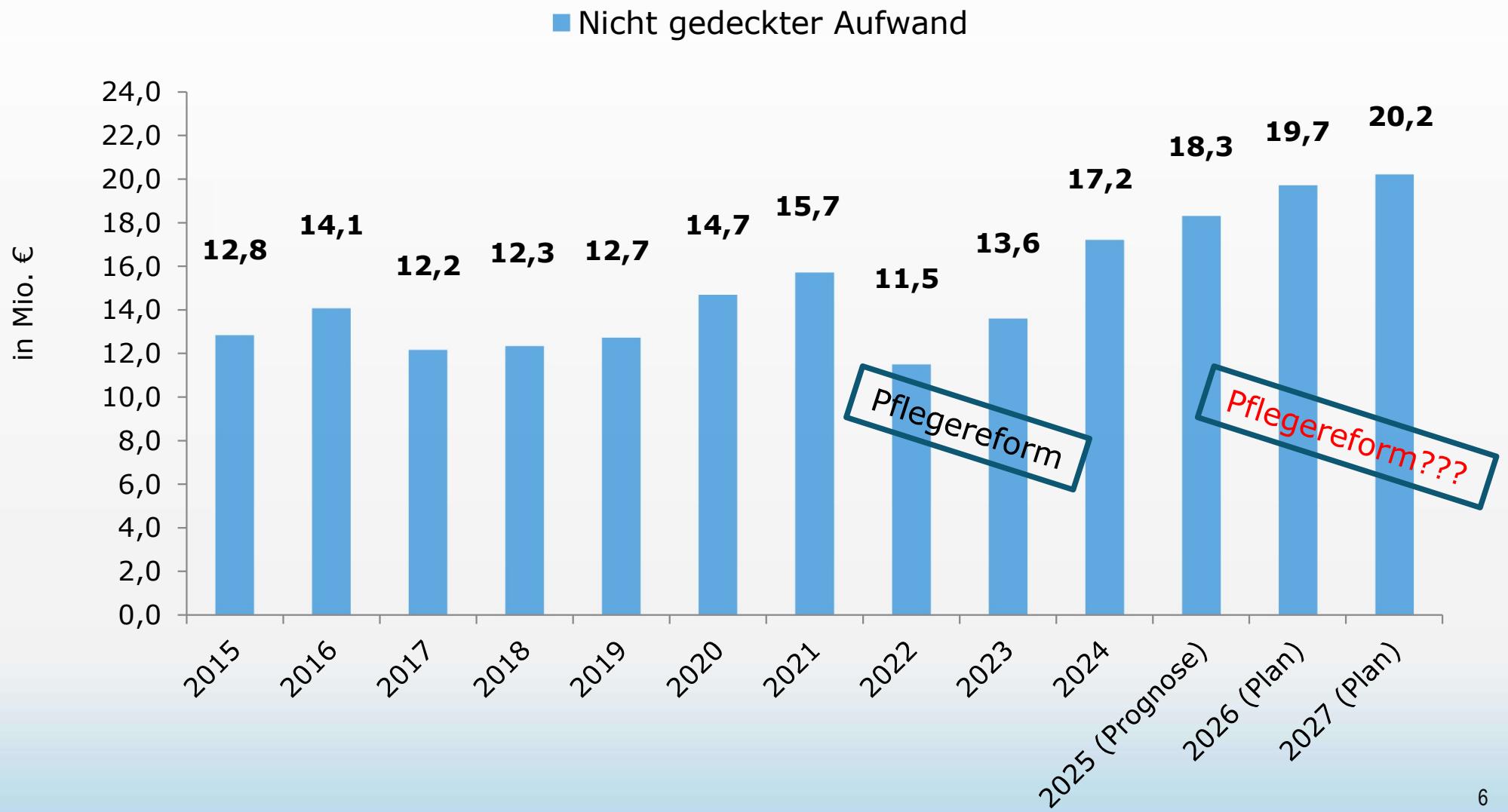


HILFE ZUR ERZIEHUNG



HILFE ZUR PFLEGE IN EINRICHTUNGEN

Gesamt: 195 Mio. €



FINANZIELLE BELASTUNGEN STATIONÄRE UNTERBRINGUNG IN NRW



PFLEGEKOSTEN WAZ

NRW-Pflegeheime sind am teuersten

Auch im Ruhrgebiet schwanken die Eigenanteile enorm. Die Kosten in den Städten im Überblick

Essen. Nirgends in Deutschland ist ein Platz im Pflegeheim so teuer wie in NRW. 3314 Euro im Monat mussten Heimbewohner, ihre Angehörigen oder das Sozialamt laut Daten der Ersatzkassen in Nordrhein-Westfalen Ende vergangenen Jahres zahlen. Damit lag der Eigenanteil hier rund 400 Euro über dem Bundesdurchschnitt. Er ist inzwischen um weitere rund 100 Euro gestiegen.

Durchschnittliche monatliche Eigenanteile für Pflegeheime in den Städten des Ruhrgebiets und Umgebung

Stadt	Summe (Euro)
Düsseldorf	3712
Essen	3640
Duisburg	3536
Kreis Mettmann	3536
Kreis Wesel	3473
Mülheim	3465
Bochum	3335
Oberhausen	3257
Wuppertal	3242
Kreis Unna	3226
Dortmund	3204
Ennepe-Ruhr-Kreis	3185
Bottrop	3165
Kreis Recklinghausen	3088
Gelsenkirchen	3044
Hamm	3009
Hagen	2974
Herne	2932

FUNKEGRAFIK NRW: ANDA SITT | QUELLE: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

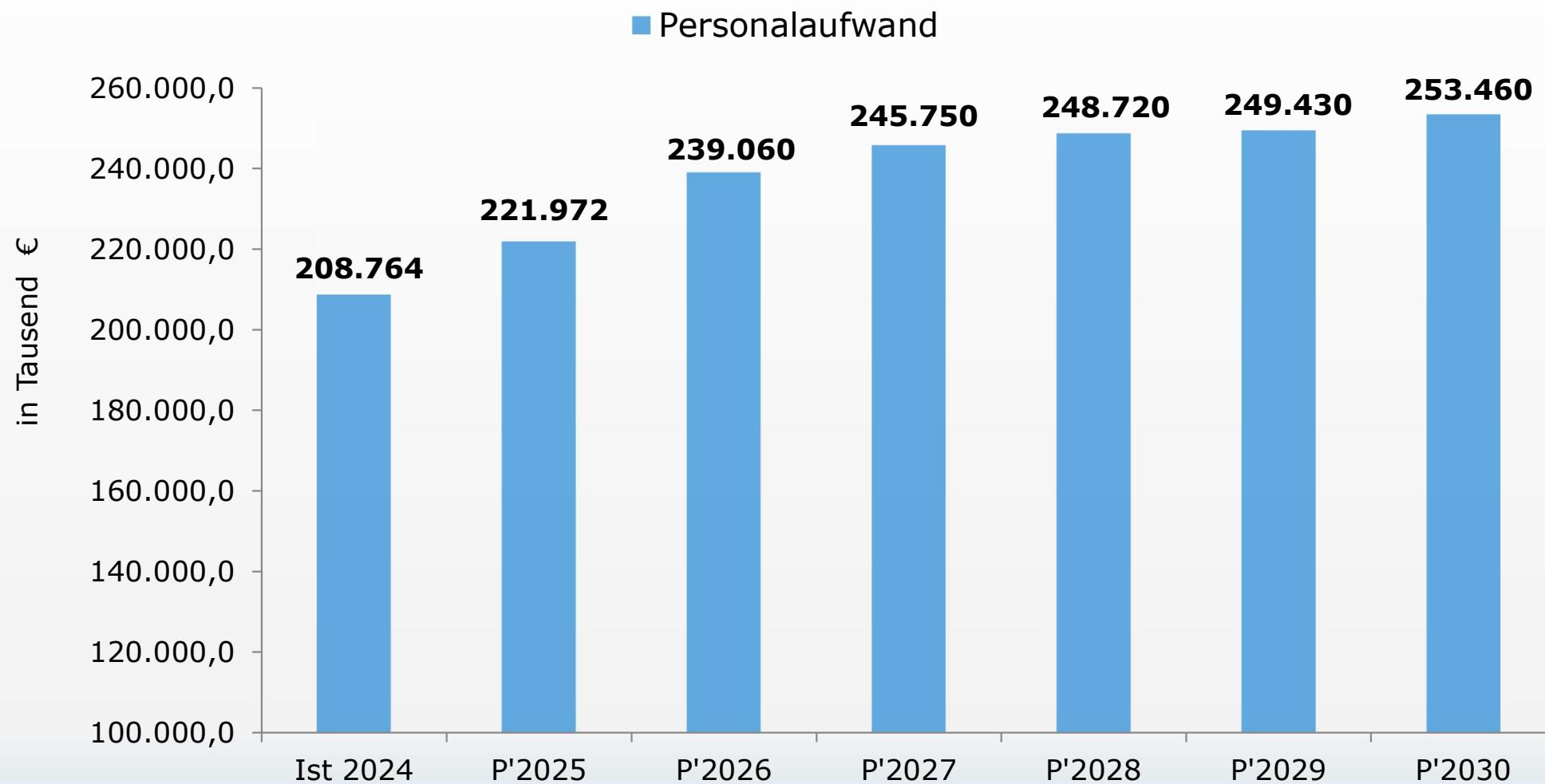
MEHRZAHLUNGEN AN DEN LVR



LVR 
Landschaftsverband
Rheinland

- Steigerung Umlagesatz von 16,20 % in 2025 auf 16,40 % in 2026 und 16,92 % nach aktuellem Stand in 2027
- Für Mülheim an der Ruhr rd. 4,5 Mio. € in 2026 und weitere rd. 4,5 Mio. € in 2027 zusätzlich

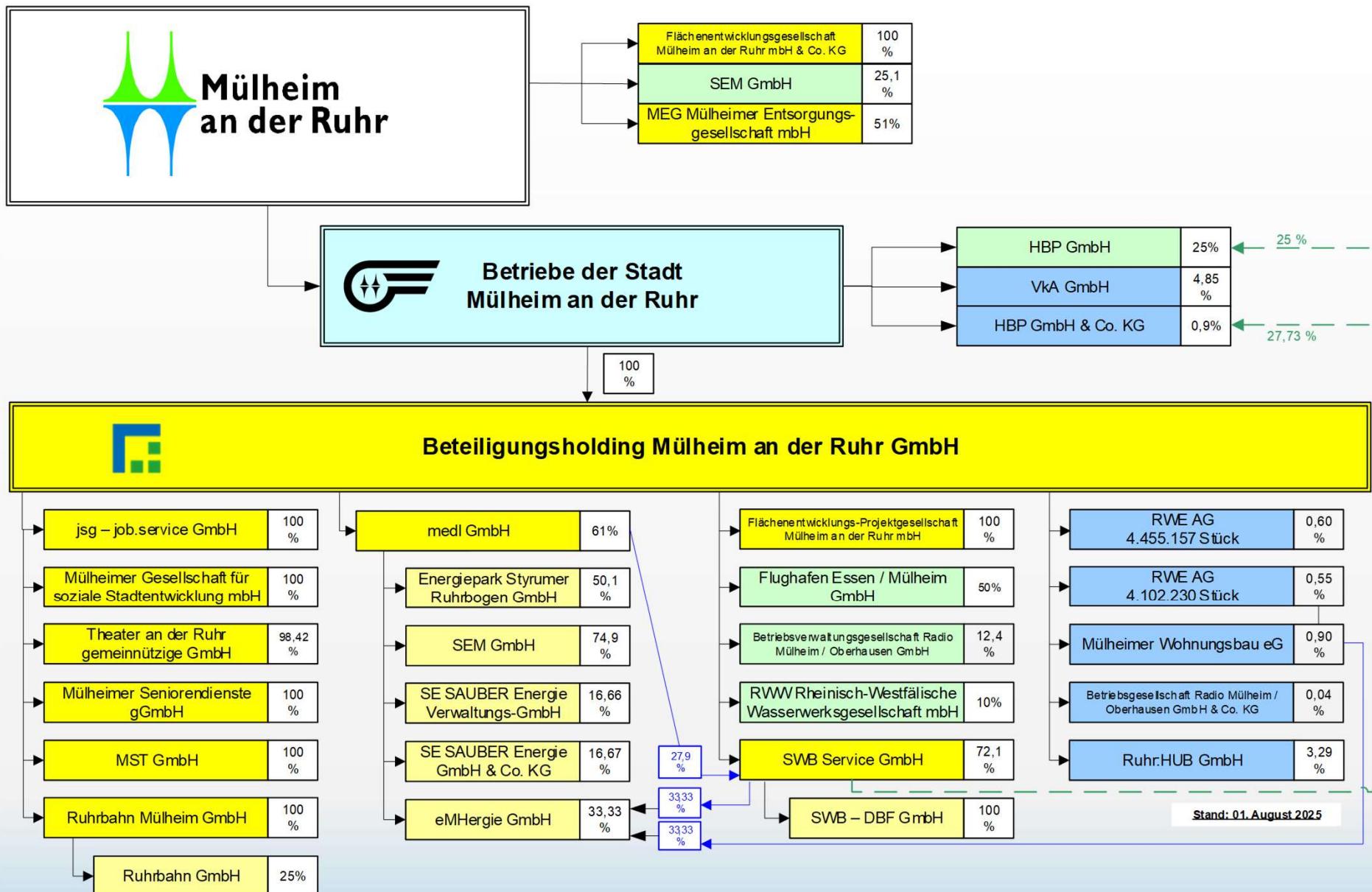
PERSONALAUFWAND



STELLENNEUEINRICHTUNGEN

- Haushaltsbegleitbeschluss für das Jahr 2025 sieht noch 5 zu besetzende Stellen vor (bei verfügbarem Budget)
→ Mittel sind nach wie vor nicht vorhanden
- Stellenneueinrichtungen können grds. nicht zugelassen werden
- Personalbedarfe müssen innerhalb der Dezernate bzw. übergreifend priorisiert werden („Verschiebungen“ von Stellen oder Personal)

BETEILIGUNGSPORTFOLIO STADT/BHM



EINZAHLUNG IN DIE KAPITALRÜCKLAGE

Verlustbringer

u. a.

Ruhrbahn Mülheim

(Gründe für

Verlustanstieg:

Personalaufwand aus

Tarifabschlüssen,

Inflationseffekte usw.)



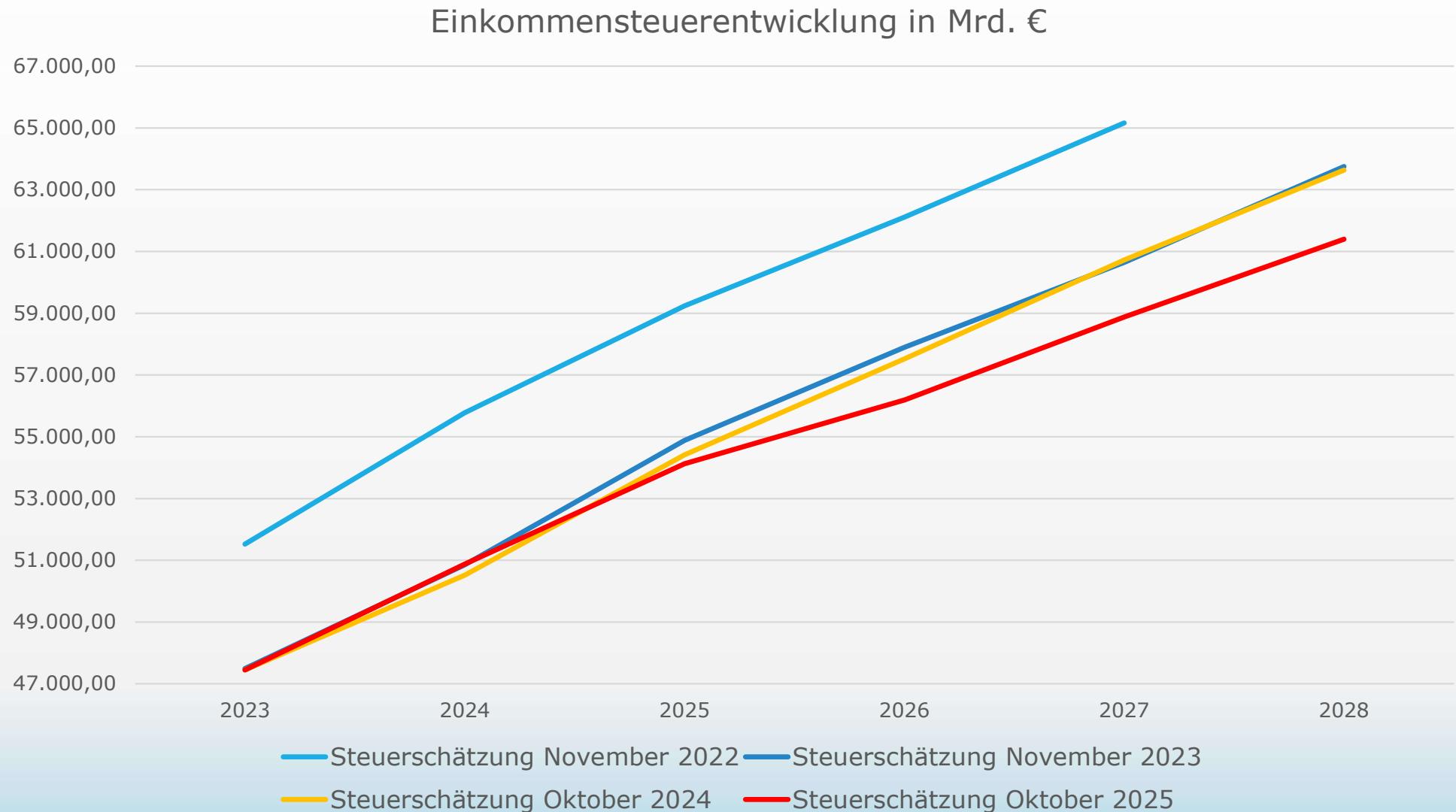
Gewinnbringer

Ergebnisentwicklung u. a.
bei medl und MEG

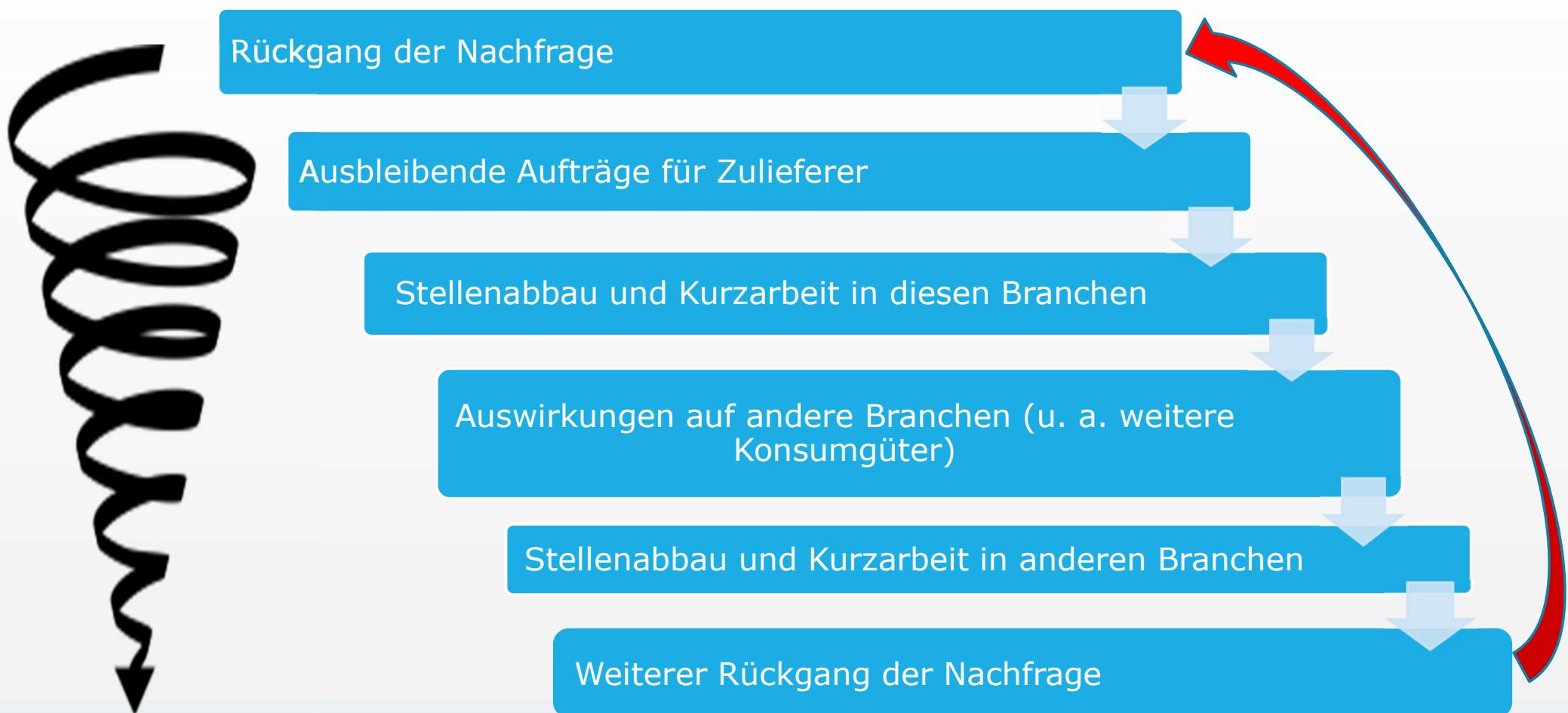
Mit Blick auf die Wärmewende wird die medl mittelfristig
rückläufige Ergebnisse ausweisen!

Die Verluste der Ruhrbahn Mülheim werden aufgrund
Technologiewechsels (Wasserstoff) steigen!

ENTWICKLUNG GEMEINDEANTEIL AN DER EST NACH STEUERSCHÄTZUNGEN



NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG AM BEISPIEL DER AUTOMOBILINDUSTRIE (AKTUELLER DENN JE)



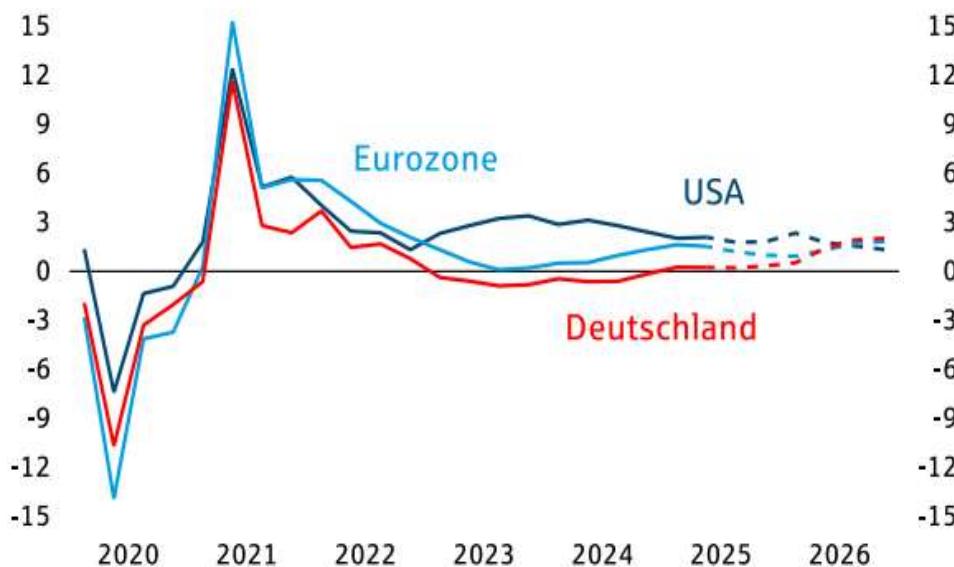
Betroffene Bereiche:

- **Steuern (u. a. Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer)**
- **Sozialleistungen (Transferaufwendungen...) etc.**

WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Die deutsche Wirtschaft wächst erst 2026

Reales Bruttoinlandsprodukt, % gg. Vj.



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

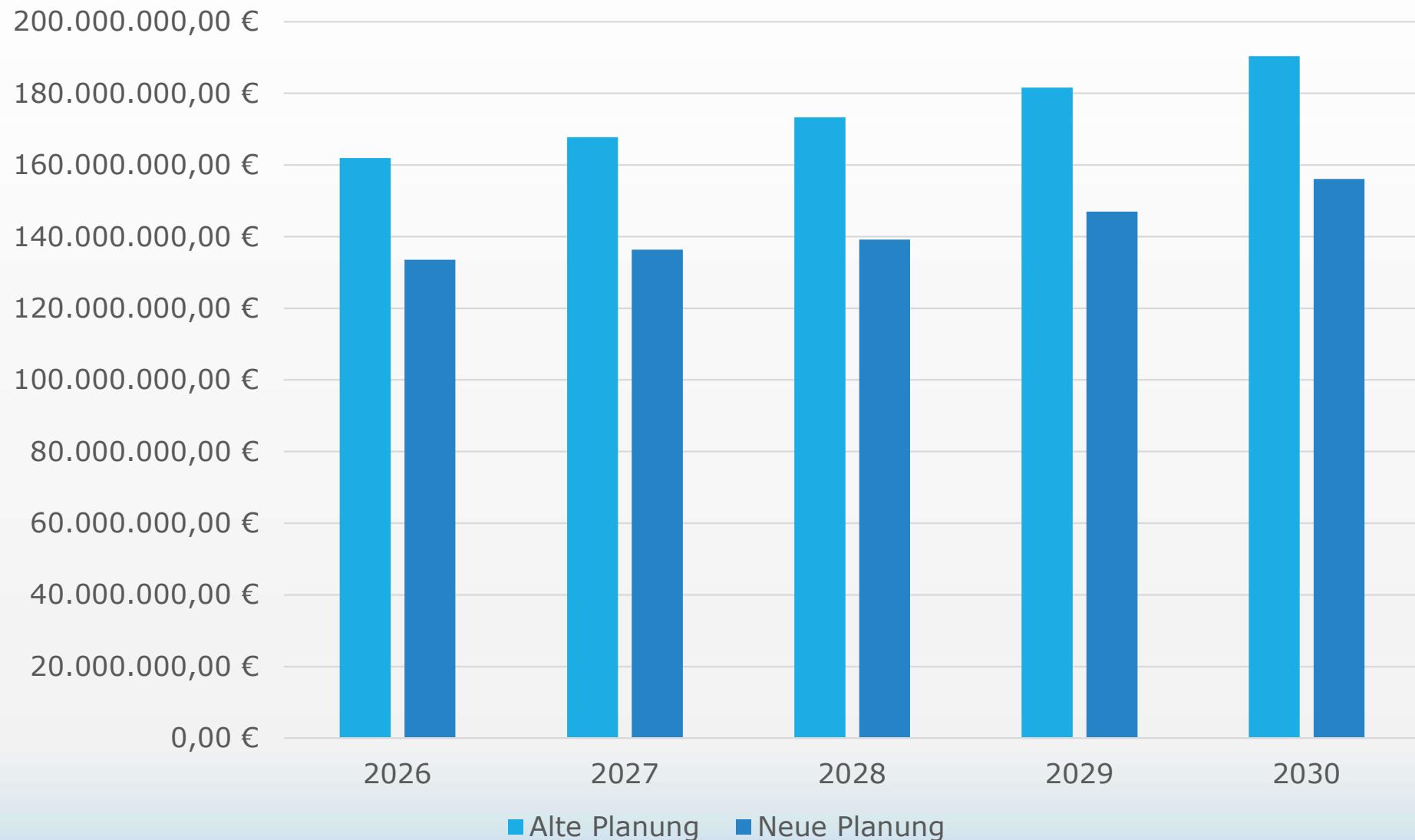
PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2021 = 100, saisonbereinigt)

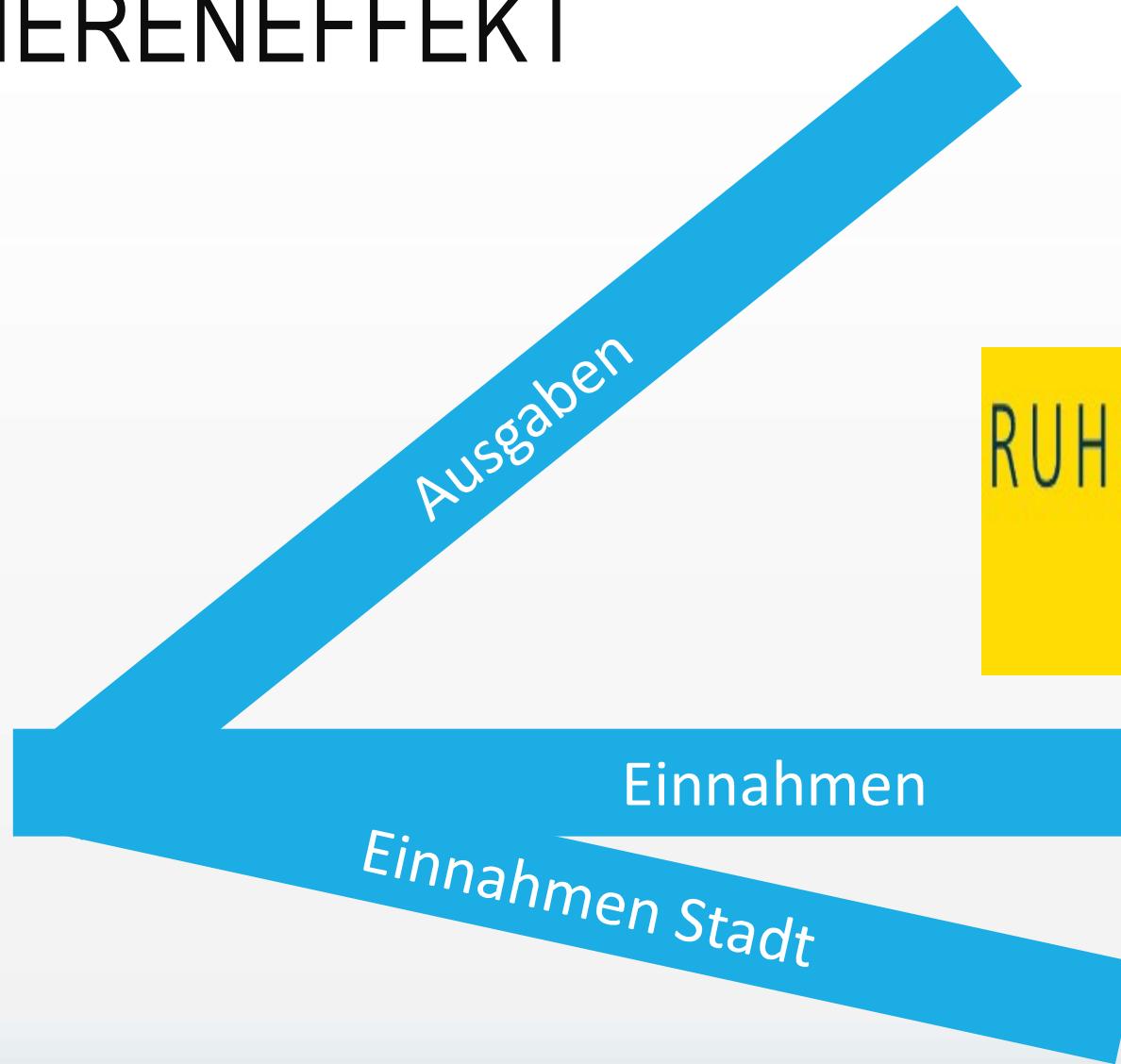


Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

GEWERBESTEUERENTWICKLUNG



SCHERENEFFEKT



ALTSCHULDENENTLASTUNGSGESETZ

Ergebnis der Prüfung der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten nach § 3 Abs. 1 ASEG NRW sowie des Abzugsbetrages nach § 3 Abs. 2 ASEG NRW zum 31.12.2023	
	Stand 31.12.2023
Bestand an Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zum 31. Dezember 2023 gem. § 3 Abs. 1 ASEG nach Prüfung	1.133.046.679,33 €
Abzugsbetrag zum 31. Dezember 2023 nach § 3 Abs. 2 ASEG NRW nach Prüfung	- 16.221.795,63 €
Anmeldefähiger Betrag	1.116.824.883,70 €
Amtliche Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023 (nachrichtlich)	173.255
Pro-Kopf-Verschuldung (nachrichtlich)	6.446,13 €

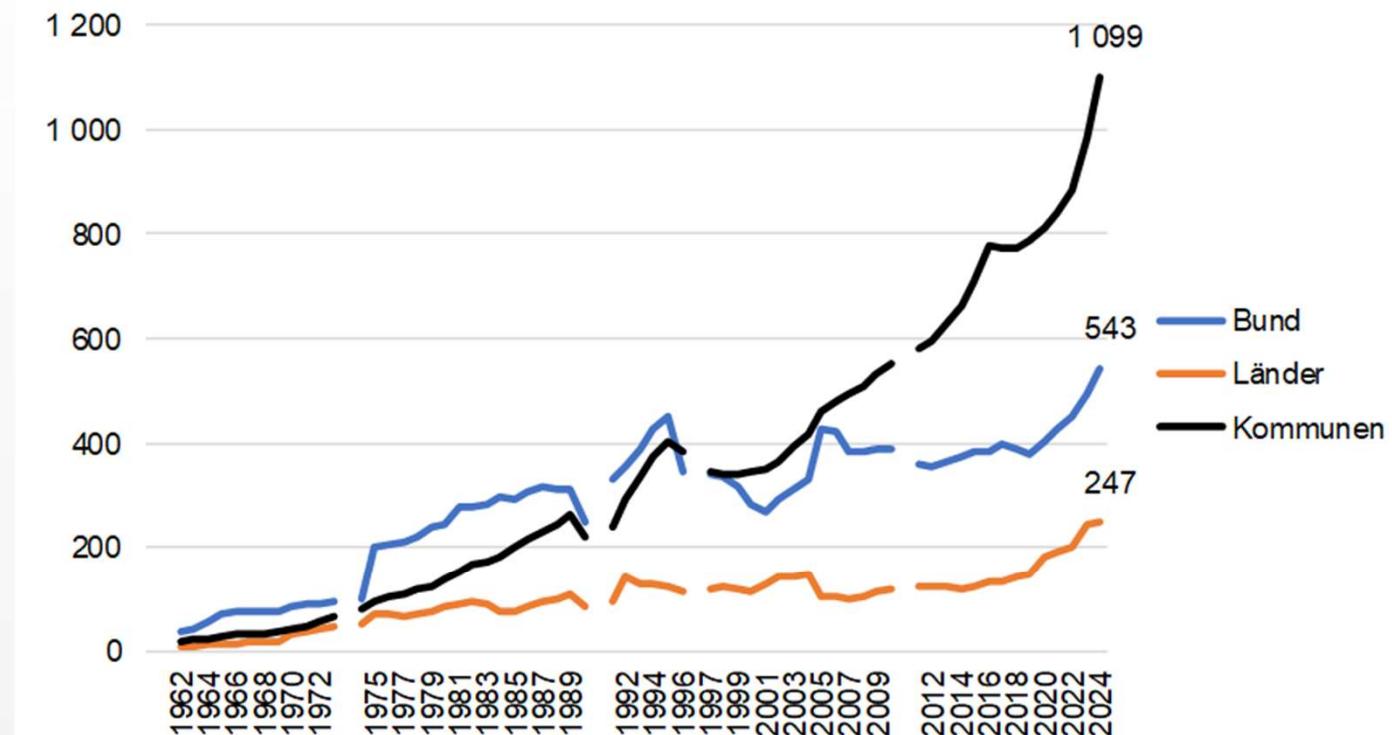
- Maximale „Restschuld“ 1.600 € pro Kopf
→ 100 € pro Einwohner (nicht übermäßig) + Restbetrag 1.500 € pro Einwohner maximale Restschuld
- Mögliche Entlastung 839 Mio. €.
- Mögliche Zinsersparnis bis zu 20 Mio. € abhängig von den übernommenen Krediten
- ABER: Ohne Ursachenbekämpfung, insbesondere Soziallasten geht Verschuldungsspirale weiter.

ALTSCHULDENENTLASTUNGSGESETZ



Strukturelle Reformen werden dringend benötigt!

Sozialtransferausgaben* von Bund, Ländern und Kommunen (Euro je Einwohner)

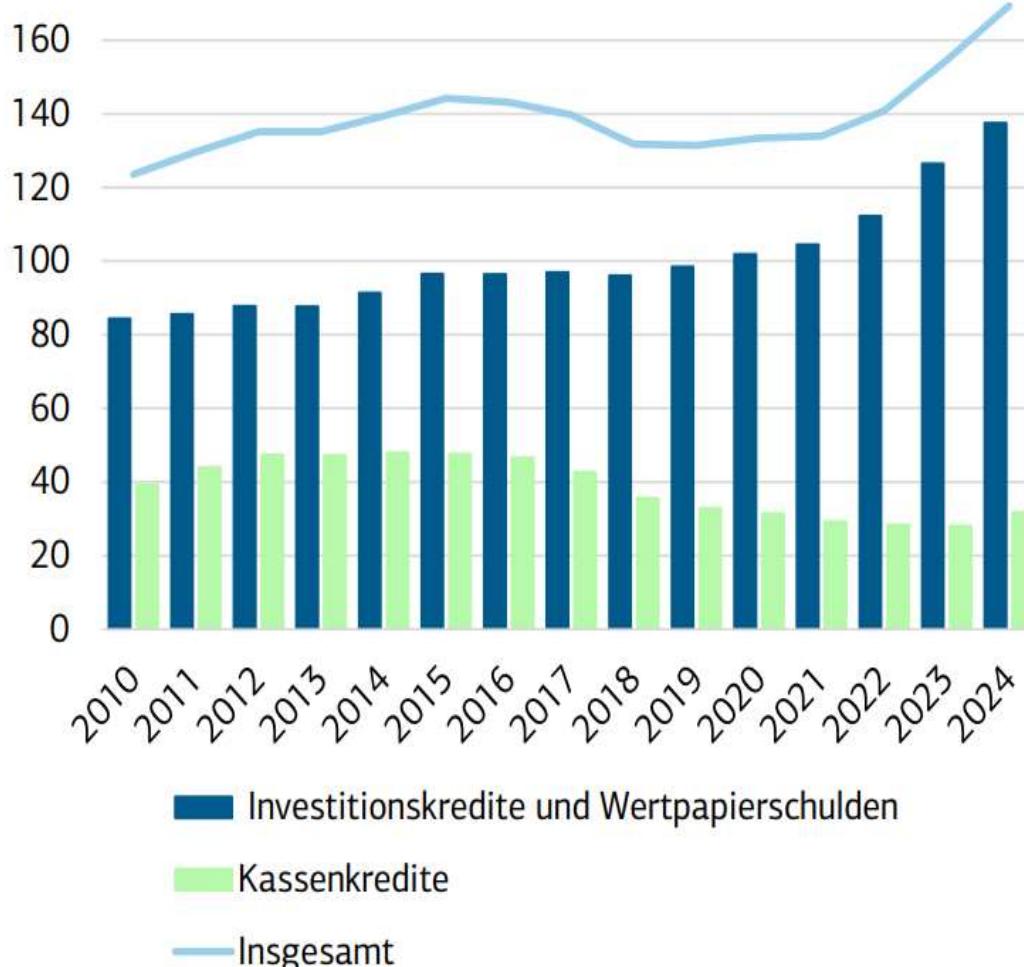


Anmerkung:
*) Ausgaben für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen

Quelle: Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (1962 bis 1989: Nur früheres Bundesgebiet; 1962 bis 2010: Kernhaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts; seit 2011: Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts).

VERSCHULDUNG IN DEUTSCHLAND/NRW

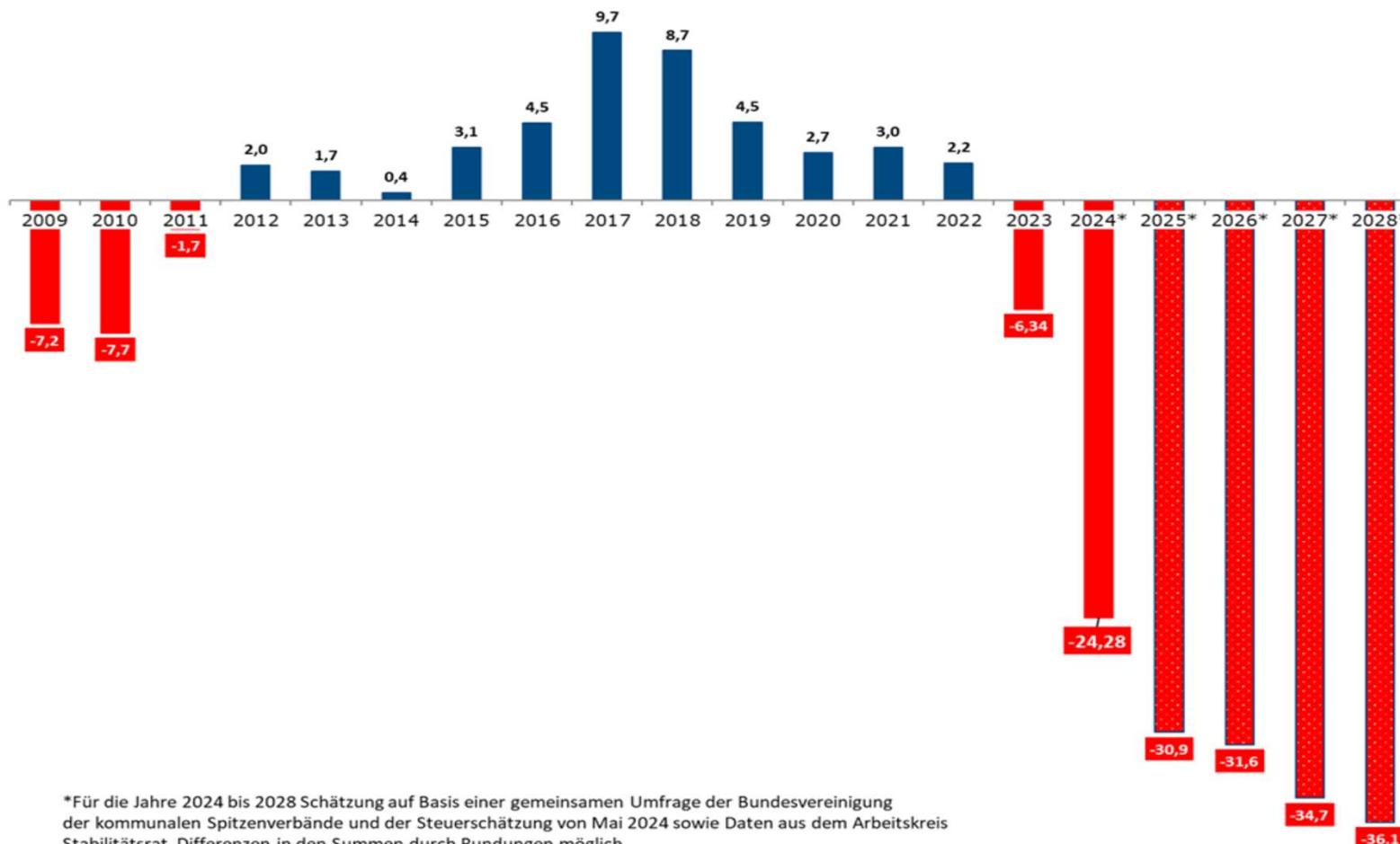
Schuldenstand der Kommunen in Mrd. EUR



VERSCHULDUNG IN DEUTSCHLAND/NRW



**Finanzierungssaldo
der Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland**
Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten, in Mrd. EUR



*Für die Jahre 2024 bis 2028 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der Steuerschätzung von Mai 2024 sowie Daten aus dem Arbeitskreis Stabilitätsrat. Differenzen in den Summen durch Rundungen möglich.

AKTUELLER PLANUNGSSTAND

Ergebnis 2026 aus HPL 2025	- 68,7 Mio. €
Gewerbesteuer einschl. Umlage	~ 27,0 Mio. €
Personal- und Versorgungsaufwand	~ 9,5 Mio. €
Sach- und Dienstleistungen (Unterh./Bew.)	~ 5,4 Mio. €
Umlagen LVR/RVR	~ 1,2 Mio. €
SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege)	~ 4,0 Mio. €
Verlustübernahme BtMH	~ 0,7 Mio. €
Beiträge, Miete, Aus-/Fortbildung u. a.	~ 1,6 Mio. €
Mehrerträge Schlüsselzuweisungen	~ 23,3 Mio. €
Mehrerträge Gemeindeanteile ESt und USt	~ 4,7 Mio. €
Minderaufwendungen Zinsen Liquiditätskredite	~ 19,3 Mio. €
= aktueller Planungsstand	- 70,8 Mio. €

RAHMENBEDINGUNGEN HPL 2026/2027 FF.

- Hebesatzbeschlüsse zur Grundsteuer
- Neue HSK Maßnahmen
- Rückstellungen nahezu aufgebraucht, Bildung neuer Rückstellungen aufgrund der defizitären Haushaltslage nicht möglich
- Keine Spielräume im Haushalt vorhanden!

GRUNDSTEUER 2026

61 Mio. €

Beschluss

51 Mio. € für 2025

-10 Mio. € (durch Ratsbeschluss für das Jahr 2025)

-3,5 Mio. € (fehlerhafte Messbescheide Finanzamt)

-13,5 Mio. €

→ Im Etat 2026 61,5 Mio. € geplant

- Einheitlicher Hebesatz 1154% → 61,50 Mio. €
- Reduzierter Hebesatz für Wohnen führt zu erheblichen Einsparmaßnahmen an anderer Stelle

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2026/2027 FF.

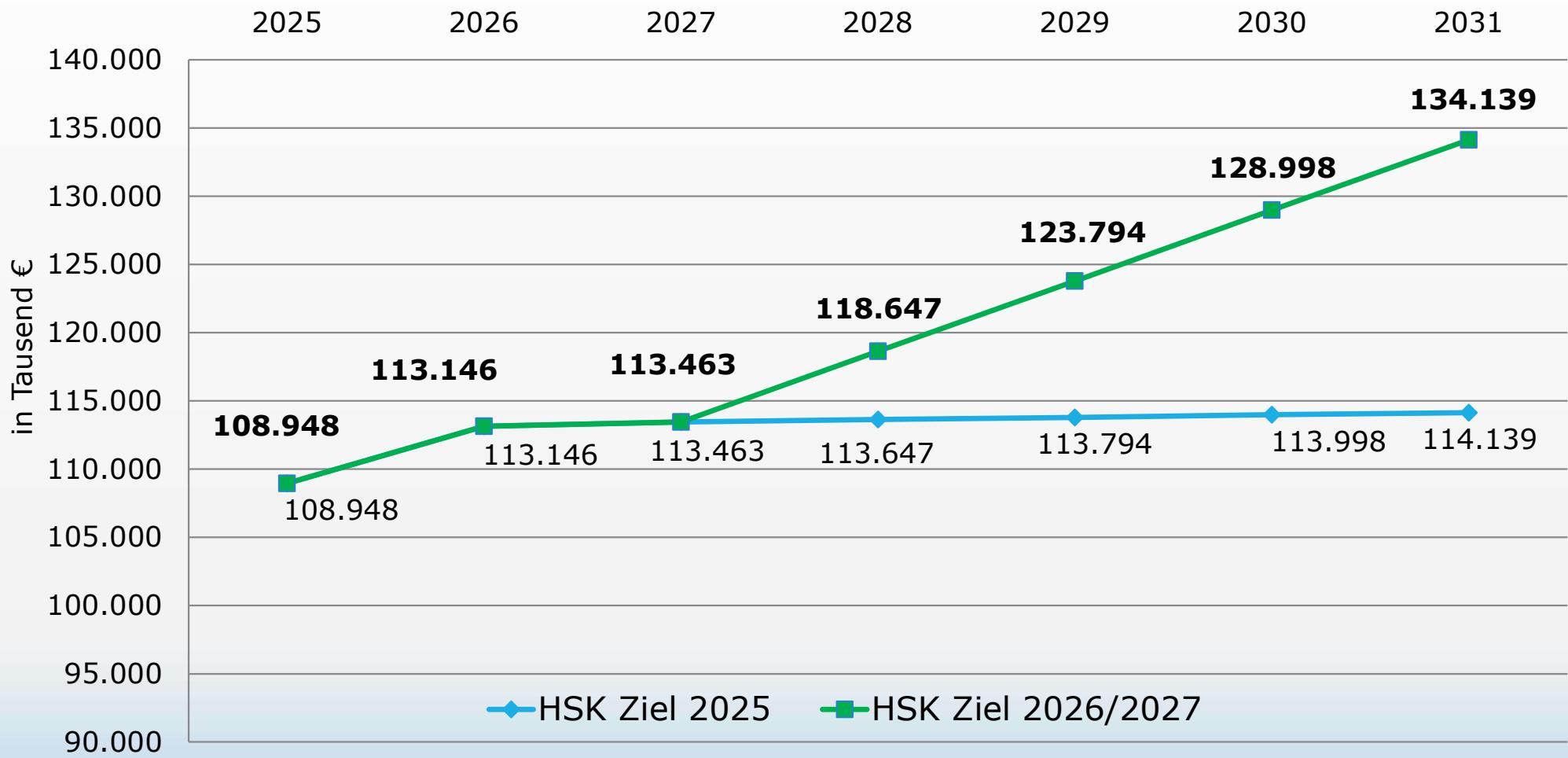
Pauschale neue HSK-Maßnahme:

2028 = 5 Mio. €
2029 = 10 Mio. €
2030 = 15 Mio. €
ab 2031 = 20 Mio. €



noch zu konkretisierende
Maßnahmen

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2026/2027 FF.



HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2026/2027 FF.

Vorschläge:

- LED – Umrüstung
- Reduzierung von Büroflächen
- Mehr Eigentum, weniger Miete
- „Verwaltungsumbau“
- Standardabsenkungen

RÜCKBLICK: ANKAUF DER HAUPTFEUER- UND RETTUNGSWACHE

- Unterzeichnung des Notarvertrags sowie Eigentumsübergang erfolgte Ende des Jahres 2024
- Der Ankauf stellte sich im Ergebnis noch wirtschaftlicher dar, als prognostiziert
 - Die Strategie „Weniger Anmietung – Mehr Eigentum“ wird in den kommenden Jahren intensiv verfolgt



EHEMALIGES AOK – GEBÄUDE

- Beschluss V 25/802
- Gebäude wird umfassend saniert und für Verwaltungseinheiten (insbesondere Bürgeramt) nutzbar gemacht
- Weitere Umzüge im Gesamtkontext schließen sich an
- Maßnahme erfolgt über die Flächenentwicklungs-gesellschaft Mülheim an der Ruhr mbH & Co. KG
- Kosten rd. 5,6 Mio. €



Quelle: www.waz.de

VERWALTUNGSUMBAU

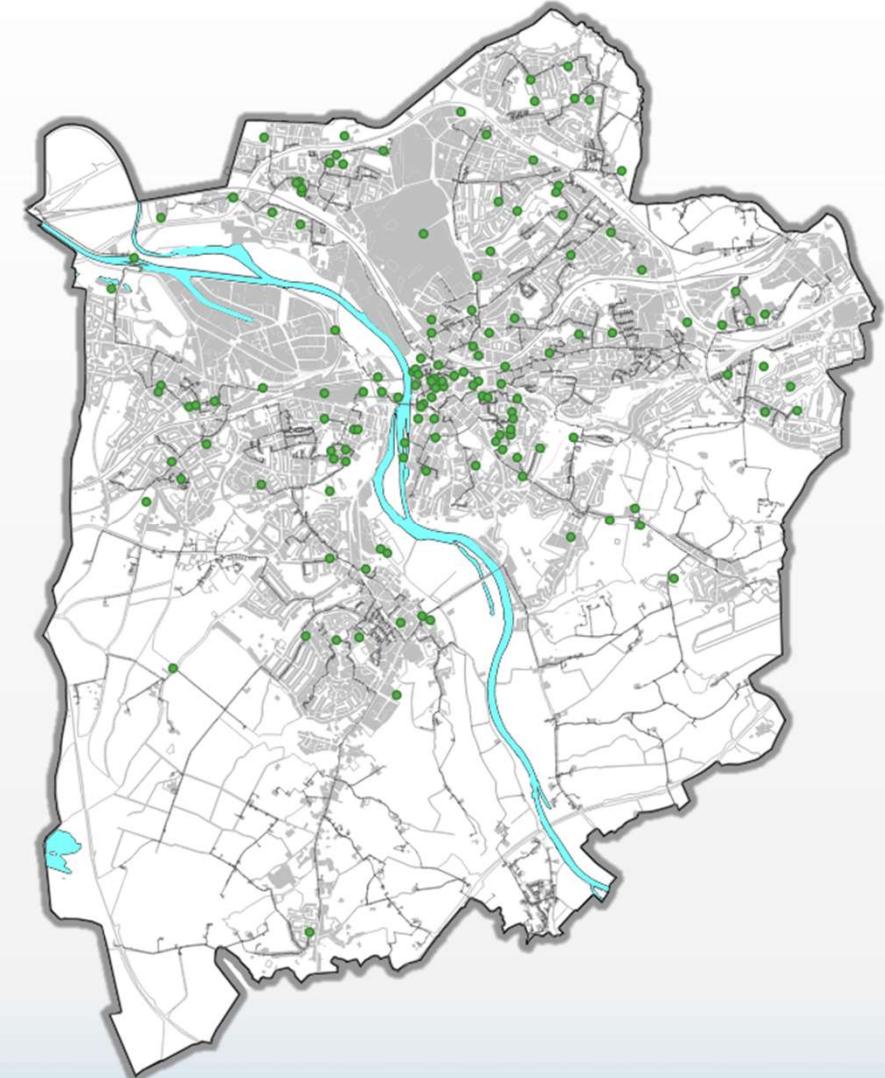
- Verwaltungsumbau notwendig, Priorisierung von Aufgaben muss aktualisiert werden
- Digitalisierung ist der Schlüssel
 - Digitalisierungsrendite durch Verschlankung der Prozesse in der Verwaltung
 - KI-unterstützte Prozesse (z. B. im Bereich Soziales)
 - Digitalisierung
 - der Eingangs- und Ausgangsrechnung
 - von Bauanträgen
 - von Bewerbungsverfahren
 - der Eingangspost
- Stellenabbau von rd. 300 Stellen (1 % pro Jahr)
- Einsparvolumen bis zu 24 Mio. €

DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG



DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

- Synergien im Gesamtkonzern Stadt
 - Ein Glasfasernetz für Konzern- und Verwaltungsstandorte
 - Zukünftige Bandbreitenbedarfe und Standortvernetzung
 - Stärkung der IT-Sicherheit
 - Physisch getrennte Infrastruktur, volle Datenkontrolle
 - Bündelung von Know-How
 - Gemeinsame Projekte statt Einzellösungen

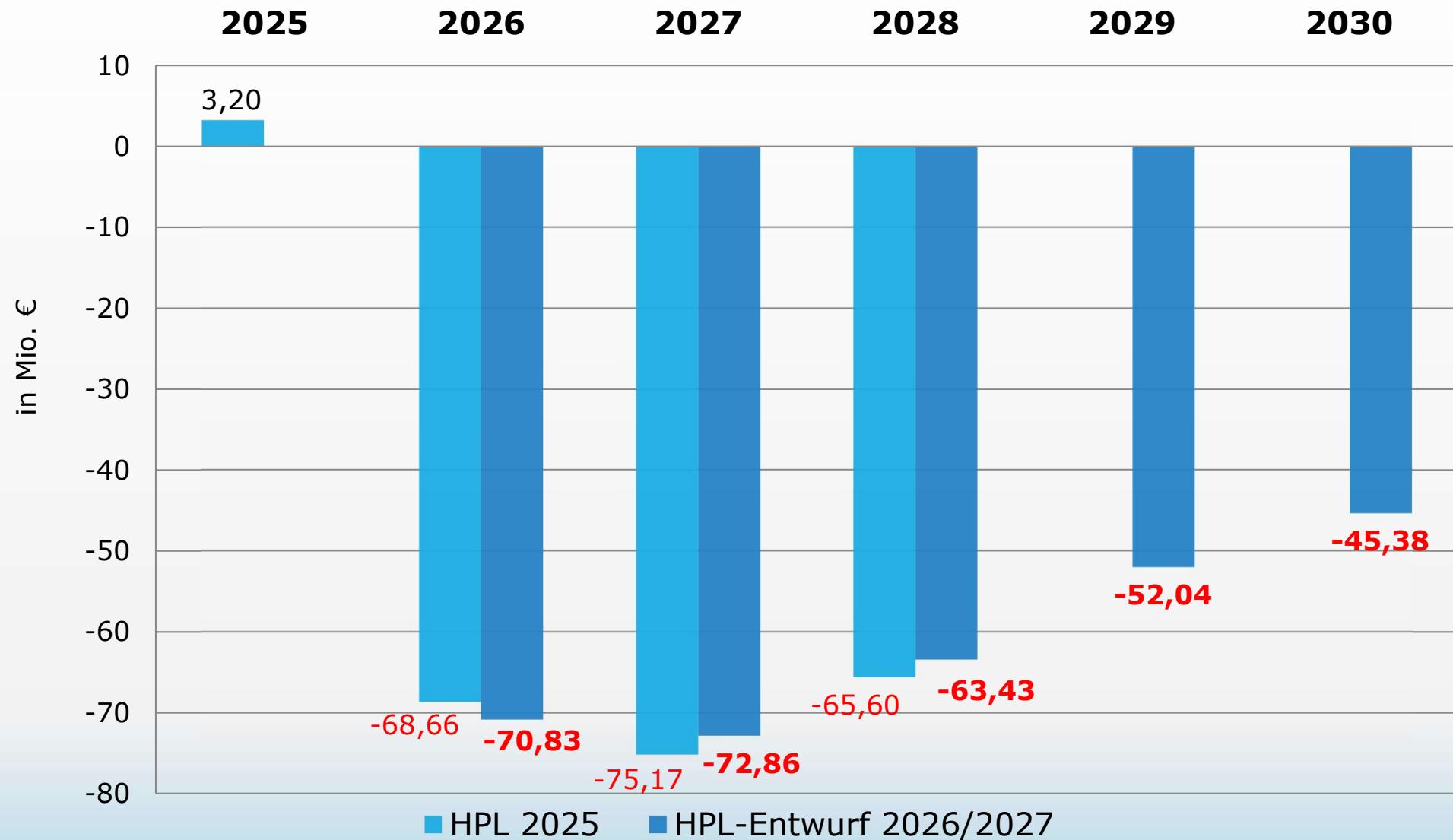


STANDARDABSENKUNGEN

Sind im Einvernehmen mit dem politischen Raum festzulegen

- Pflegestandards
- Wartezeiten
- Personalschlüssel etc.

AKTUELLER PLANUNGSSTAND 2026/2027 FF. (INKL. HSK & GRUNDSTEUER)



AKTUELLE BAUPROJEKTE



- Schule am Hexbachtal, Sanierung
- Hallenbad Heißen, Neubau
- Otto-Pankok-Gymnasium, Sanierung und Erweiterung
- SZ Broich, Realschule, Sanierung
- Sporthalle Lehnerstraße, Sanierung
- Pauschaltopf für Planungsleistungen Sport- und Turnhallen
- Umrüstung auf LED-Beleuchtung

AKTUELLE BAUPROJEKTE

Umsetzung Bildungsentwicklungsplanung

- 21 Schulbaumaßnahmen
- Investitionsvolumen Haushaltsplanentwurf 2026/2027
rd. 189 Mio. €
- Tatsächliches Investitionsvolumen deutlich höher, da noch nicht alle Baumaßnahmen mit ihren vollen Baukosten veranschlagt sind
u.a. Gymnasium Heißen Sanierung Hauptgebäude/Turnhalle, Gesamtschule Saarn Ausbau, Gymnasium Luisenschule Ausbau

AKTUELLE BAUPROJEKTE - BEP



Bildungsentwicklungsplanung u.a.

- GGS Barbarastraße, Erweiterung
- GGS Astrid-Lindgren-Schule, Ausbau
- FÖS Ruhrstadtschule Pavillon, Sanierung und Ausbau OGS
- GGS Steigerweg, Erweiterung
- GGS Hölterschule, Ausbau OGS – Aufstockung Pavillon
- GGS Brüder-Grimm-Schule, Sanierung und Ausbau
- RS Stadtmitte, Ausbau
- GS Willy-Brandt-Schule, Erweiterung
- FÖS Rembergsschule, Erweiterung
- GYM Heißen, Sanierung und Erweiterung
- GGS Dichterviertel, Sanierung und Ausbau OGS
- GGS Zunftmeisterstraße Ausbau OGS

DIGITALISIERUNG DER SCHULEN



DIGITALISIERUNG DER SCHULEN

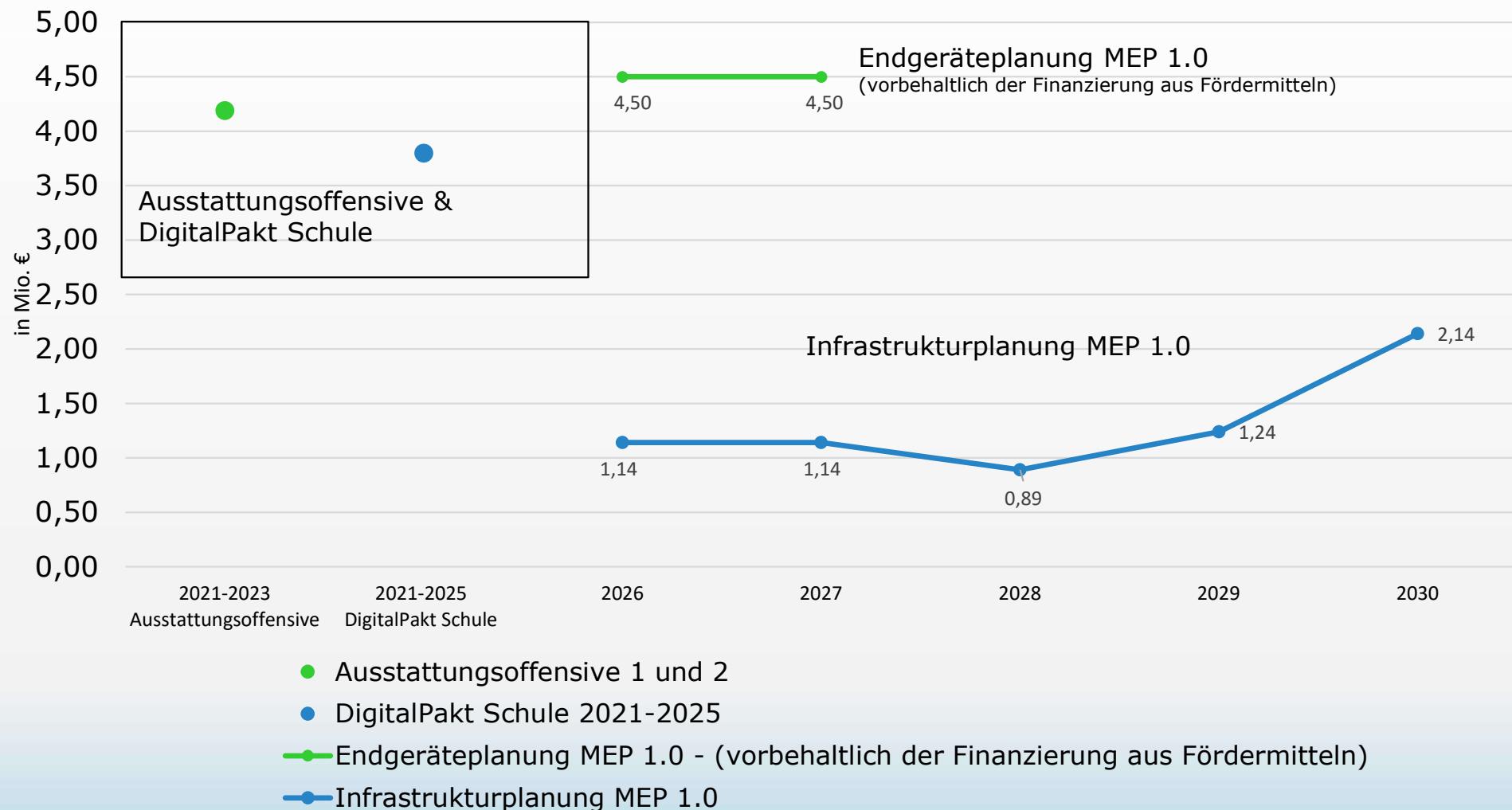
IT-Infrastruktur an Schulen – das unsichtbare Fundament für digitales Lernen

Stabil. Sicher. Wartbar. Für Alle.

- Netzwerkkomponenten (u. a. Firewalls, WLAN)
- Zentral betriebene Systeme und Dienste (Server, Clouds, Lernplattformen)
- Verwaltete Endgeräte
- Verlässlicher Betrieb mit Support, Updates und Backups

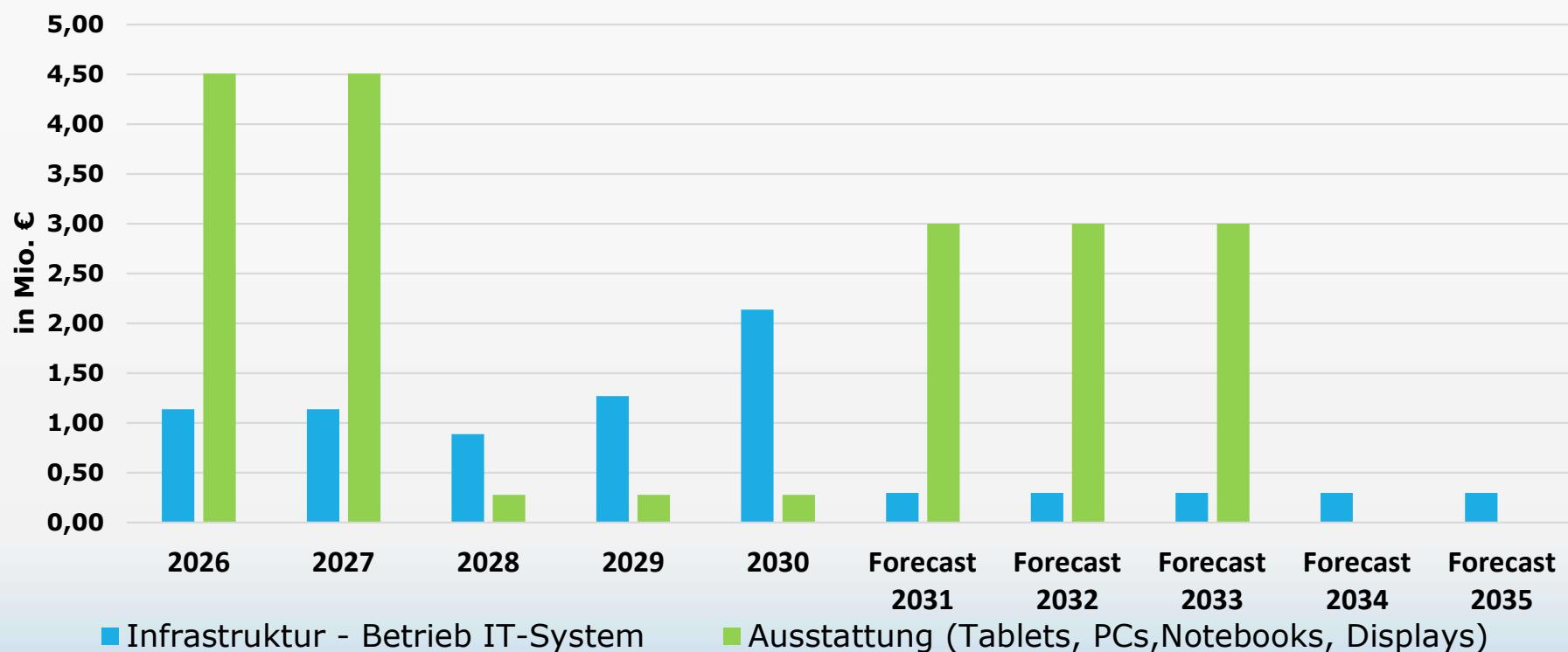


DIGITALISIERUNG DER SCHULEN



DIGITALISIERUNG DER SCHULEN

- Erneuerung der Endgeräte-Kohorten (Tablets, PCs, Notebooks) in 2026–2027; Verlängerung der Lebenszyklen nach erfolgter Standardisierung des Bestands
- Abschluss des Infrastrukturausbau bis 2030; anschließender Übergang in den Betrieb

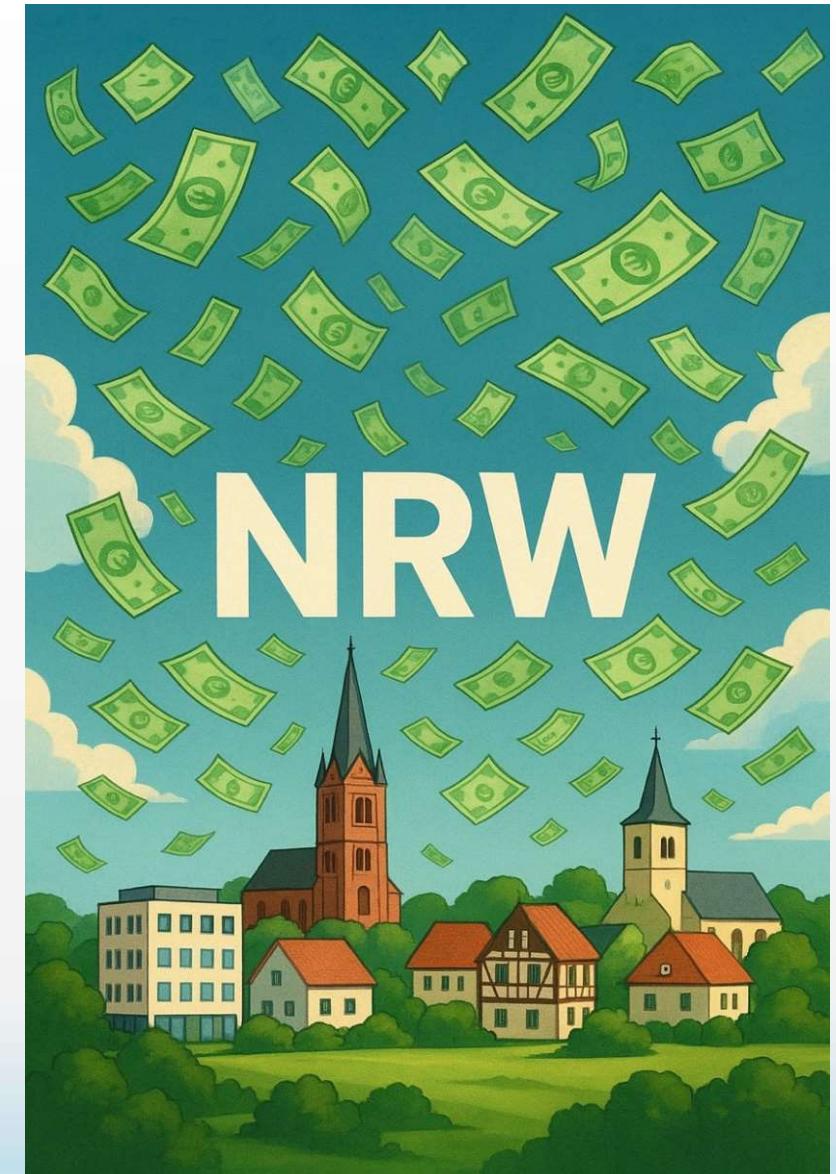


LUKIFG

GESETZ ZUR FINANZIERUNG VON INFRASTRUKTURINVESTITIONEN VON LÄNDERN UND KOMMUNEN

Sondervermögen des Bundes

- 100 Mrd. € für die Kommunen in Deutschland
- Verteilung nach Königsteiner Schlüssel
- 21,1 Mrd. für NRW in den nächsten 12 Jahren



LUKIFG

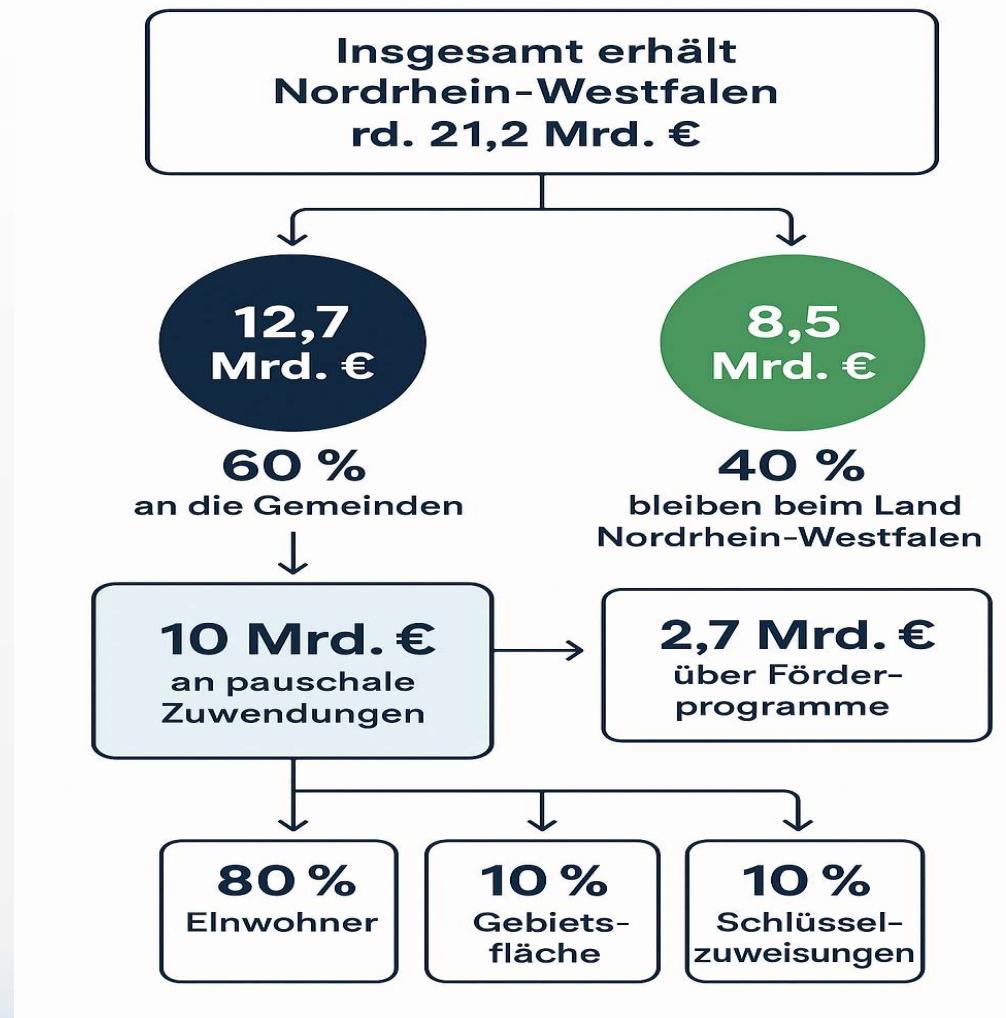
GESETZ ZUR FINANZIERUNG VON INFRASTRUKTURINVESTITIONEN
VON LÄNDERN UND KOMMUNEN



"Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre haben die Städte und Gemeinden in NRW rund 80 Prozent der Investitionen im Verhältnis zum Land geleistet. Dementsprechend hoch hätte aus unserer Sicht der kommunale Anteil am Sondervermögen ausfallen müssen", ergänzten Eiskirch und Landscheidt.

LUKIFG

GESETZ ZUR FINANZIERUNG VON INFRASTRUKTURINVESTITIONEN VON LÄNDERN UND KOMMUNEN



LUKIFG

GESETZ ZUR FINANZIERUNG VON INFRASTRUKTURINVESTITIONEN VON LÄNDERN UND KOMMUNEN

Mülheim an der Ruhr erhält in den nächsten 12 Jahren



93.127.821,58 €

in Form einer pauschalen
Zuwendung

50 %

für Bildung und
Betreuung



20 %

für (energetische)
Sanierung von
bestehenden
kommunalen
Liegenschaften
und Klimaschutz-
maßnahmen



30 %

für
Verkehrsinfrastruktur
(Straßen, Brücken,
Radwege),
ÖPNV-Infrastruktur,
Digitalisierung,
Sport, öffentliche
Sicherheit und
Krisenresilienz

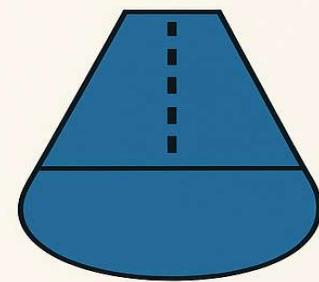
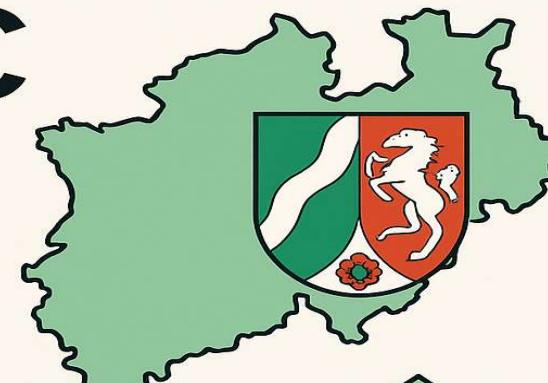


LUKIFG

GESETZ ZUR FINANZIERUNG VON INFRASTRUKTURINVESTITIONEN VON LÄNDERN UND KOMMUNEN

2,7 Mrd. €

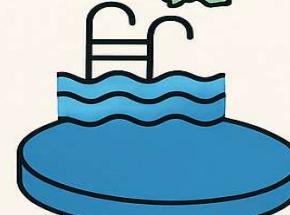
werden an die Gemeinden
über Förderprogramme
gegeben



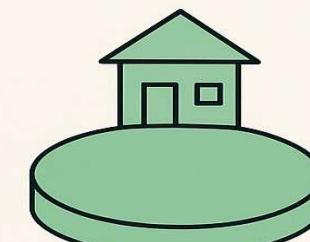
2 Mrd. €
für den kommunalen
Straßenbau



200 Mio. €
für die
Sportstätten-
infrastruktur



200 Mio. €
für die
Schwimmbadi-
infrastruktur



300 Mio. €
für die kommunale
Infrastruktur

GEWERBEFLÄCHENENTWICKLUNG

- Strukturell positive Entwicklungen (Stadtgesellschaft und Haushalt)
 - Flughafenareal
 - Vallourec
 - Ehemaliger Siemens Technopark, jetzt „FlexCity“
 - MH-West
- Auswirkungen auf Steuer-
aufkommen und Arbeitsmarkt



GEWERBEFLÄCHENENTWICKLUNG

- **Vallourec** ca. 30 ha Fläche
- **MH West**
Aldi Süd ca. 4 ha Fläche
ehem. Thyssen Fläche ca. 10 ha Fläche
- **FlexCity**
(ehem. Siemens-Gewerbepark) ca. 2,4 ha Fläche
- **Flughafen** ca. 7-8 ha Fläche



4-8 Mio. €

ab 2030 aufwachsende
Gewerbesteuer

**Zusätzlich werden
2.000 – 3.000 Arbeitsplätze
geschaffen.**



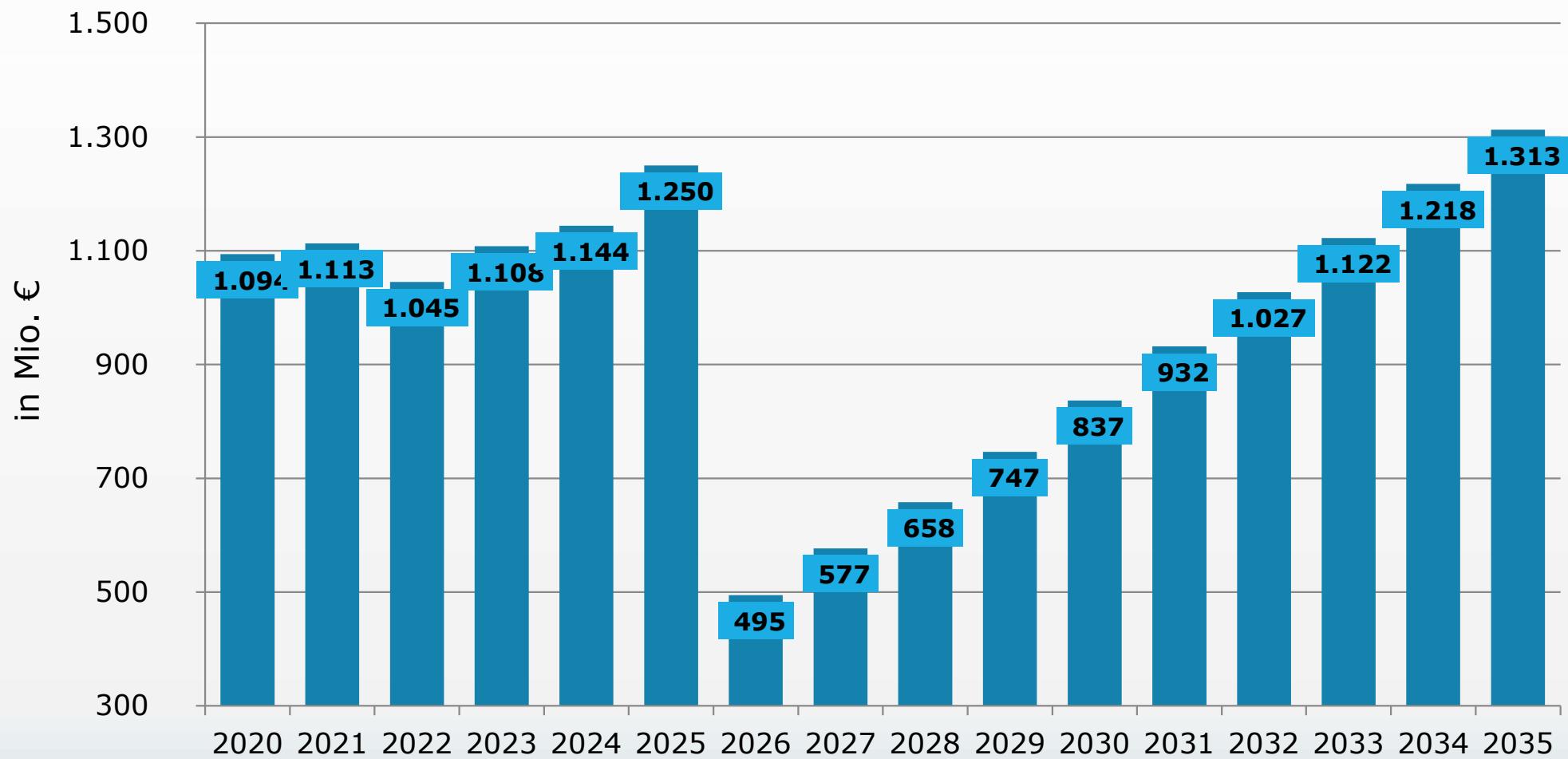
STRATEGISCHE BEDEUTUNG DER GEWERBESTEUER

- Gewerbesteuer größte Steuereinnahmequelle
 - Attraktivität des Standortes ist daher von herausragender Bedeutung
 - Das Signal, in Zukunft eher über eine Absenkung nachzudenken, ist ein wichtiger Standortfaktor
- Absenkung der Gewerbesteuer im Umfang von 50 % dieser zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen (rd. 10 Hebesatzpunkte)

ZUSAMMENFASSUNG

- Weiterhin hohe Investitionen
 - Investitionspaket unterstützt
- Altschuldenhilfe kommt
 - strukturelle Unterfinanzierung bleibt
- Haushaltsbeschlüsse notwendig
 - Einsparmaßnahmen
 - Grundsteuerhebesatz
- Entscheidung jetzt
 - Generationengerechtigkeit!

KASSENKREDITENTWICKLUNG OHNE GRUNDSTEUER UND HSK



CHANCEN UND RISIKEN

Chancen	Risiken
Weitere Gewerbeflächenentwicklung	Geopolitische Risiken
Konjunkturelle Entwicklung	Konjunkturelle Entwicklung
Strukturelle Lösung im Rahmen der Altschuldenhilfe	Ansteigendes strukt. Defizit durch chronische Unterfinanzierung Bund & Land
	Zinsentwicklung
	Neue oder sich verstärkende Flüchtlingskrise

HERAUSFORDERUNGEN ALTER STADTRAT / NEUER STADTRAT



Weiterhin Ausgaben an Einnahmen orientieren!

- Lassen Sie uns die Herausforderungen gemeinsam angehen und lösen!
- Das Dezernat II steht für politische Beratungen zur Verfügung.
- Wir freuen uns auf einen regen Austausch.



Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit!

Nehmen Sie gerne unser Angebot wahr, den Mülheimer Online-Haushalt zu nutzen.